

(Senator Andy Grote)

ten Zonen und zurück. Das bedeutet, dass sich die Gefährdungslage in unserer Stadt evident verändert hat und unsere Sicherheitsbehörden vor neuen ernsthaften Herausforderungen stehen.

Polizei und Verfassungsschutz ist es durch gute Arbeit gelungen, das Feld der islamistischen Szene deutlich besser auszuleuchten. Wir haben bessere Informationen, und insbesondere der Verfassungsschutz, der mit seinen Mitteln und Methoden deutlich früher ansetzen kann als die Polizei, hat viele wertvolle Erkenntnisse gewonnen und dadurch auch dazu beigetragen, dass es zu Anschlägen wie in Paris hier, Gott sei Dank, noch nicht gekommen ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir wissen heute mehr über die Beteiligten und die Mitglieder der islamistischen Szene als vor einigen Jahren. Der Verfassungsschutz hat seine Beobachtungen wesentlich intensiviert. Er arbeitet bei aller Beachtung des Trennungsgebots eng mit der Polizei zusammen, und viele Maßnahmen sind auch schon wirkungsvoll getroffen worden, zum Beispiel bei der Verhinderung von Ausreisen.

Aber selbstverständlich ist der Aufwand bei der Auswertung von Hinweisen und der intensivierten Beobachtung von Personen gestiegen und wird voraussichtlich noch weiter steigen. Aktuell sind 460 Personen dem gesamten Spektrum des Salafismus zuzurechnen. Vor diesem Hintergrund ist die vorgesehene Verstärkung des Verfassungsschutzes um zehn Stellen und auch um materielle Ressourcen ein substanzieller, wichtiger Schritt, der uns helfen wird, die erfolgreiche Arbeit fortzusetzen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Natürlich kann man das mit dem vergleichen, was andere Bundesländer machen, das wurde auch angesprochen. Das Bild ist allerdings nicht eindeutig, denn die Bundesländer agieren sehr unterschiedlich, je nach ihren speziellen Gefährdungssituationen, nach ihren Analysen, nach ihren Strukturen aus diesem Umfeld des Salafismus. Hamburg nimmt mit der heute in Rede stehenden Verstärkung eine mittlere Position ein. Etwa die Hälfte der Bundesländer macht weniger, die andere Hälfte mehr als Hamburg. Insofern lässt sich daraus nichts Eindeutiges ableiten, aber selbstverständlich ist das und die weitere Entwicklung in diesem Bereich Anlass genug, weiterhin zu überprüfen, ob wir ausreichend ausgestattet und organisatorisch richtig aufgebaut sind. Das hat auch etwas mit Aufgabenkritik zu tun. Insofern kann es sein, dass das heute nicht der letzte Schritt war, und ich bin froh, dass ich dafür heute eine gewisse Offenheit im Plenum wahrgenommen habe. Denn eines ist ganz klar: Wir werden unsere Sicherheitsbehörden weiterhin so ausstatten, dass sie ihre Aufgaben auch bei sich verändernden Gefährdungslagen erfolg-

reich wahrnehmen können. Wir werden auch künftig die Grundlage dafür schaffen, dass die Menschen in unserer Stadt in Sicherheit und Freiheit leben können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei Carl-Edgar Jarchow FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt die fraktionslose Abgeordnete Nebahat Güçlü für drei Minuten.

Nebahat Güçlü fraktionslos: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die drei Minuten werde ich nicht brauchen, nur ein kurzer Hinweis: Ich halte den Antrag der Regierungsfaktionen für mehr als notwendig. Dass wir da noch aktiver werden, dass wir die Intervention und auch die Observierung verstärken, ist sicherlich sehr notwendig. Ich finde aber, dass der Antrag eigentlich nur halb bleibt. Sie haben uns, Herr Senator, und auch andere Vorrednerinnen und Vorredner, die stetig wachsenden Zahlen mitgeteilt. Ich finde die wachsenden Zahlen bei den Salafisten erschreckend, und eigentlich machen sie doch deutlich, dass wir bei der Prävention versagen.

(Kazim Abaci SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

Dieser Gedanke fehlt mir völlig im Antrag der Regierungskoalition.

Noch ein anderer Punkt, den Frau Möller kurz gestreift hat, ist mir wichtig, nämlich NSU und der Bereich Rechtsextremismus. Wir müssen ehrlicherweise feststellen, dass der Rechtsextremismus in dieser Republik wächst, dass die Zahl der Anschläge auf Moscheen und Flüchtlingsunterkünfte steigt. Wenn wir hier eine Stellenausweitung beschließen, hätte ich es sehr gut gefunden, wenn man das mit im Blick gehabt hätte. So bleibt es nur halb. Ich werde dem Antrag trotzdem zustimmen. – Danke.

Vizepräsidentin Barbara Duden: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr, sodass wir zu den Abstimmungen kommen können.

Wir beginnen mit dem CDU-Antrag aus der Drucksache 21/3188.

Wer diesem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen dann zum FDP-Antrag aus der Drucksache 21/3177.

Wer sich diesem anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch dieser Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.